

Hans Henning Hahn | Internationales Staatsystem und Staatsbildung um 1918. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts als innere und äußere Ordnungsbildung¹

Im Jahr 1979 bezeichnete George F. Kennan den Ersten Weltkrieg als „the great seminal catastrophe of this century“² – in der deutschen Ausgabe wurde daraus „die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“³, ein Begriff, der seitdem historiografisch und publizistisch Karriere gemacht hat. Was genau aber ist in diesem Zusammenhang mit „Katastrophe“ gemeint? Weithin herrscht Einigkeit darüber, dass nicht der Kriegsausbruch von den Zeitgenossen als Katastrophe erfahren wurde, sondern, wie es Ernst Schulin formulierte, es die „völlig unerwarteten Leiden und katastrophalen Veränderungen“⁴ waren, die in vielen Gesellschaften Europas dazu führten, den Weltkrieg als eine fundamentale Wende, eben eine Katastrophe, zu erleben und zu erinnern. Dazu kam die zunächst für viele Zeitgenossen überraschende Erkenntnis, dass es sich nicht um einen Feldzug, sondern einen jahrelang andauernden Krieg handelte – etwas, was man in Europa seit den napoleonischen Kriegen nicht mehr erlebt hatte.

¹ Dieser Text wurde am 21. Juni 2018 auf der Konferenz „Der unvollendete Krieg? Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und die Konstruktion der polnischer Identität“ im Roten Rathaus in Berlin vorgetragen. Die essayistische Form wurde beibehalten.

² George F. Kennan, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1874-1890*, New York 1979, S. 3. Interessant ist, dass Kennan ebd. vom Ersten Weltkrieg als „the holocaust of 1914-18“ spricht, was einiges über die damalige Beliebtheit des Begriffs *holocaust* aussagt.

³ George F. Kennan, *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890*, Frankfurt am Main 1981, S. 12.

⁴ Ernst Schulin, *Die Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts*, in: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, hg. v. Wolfgang Michalka, München u. a. 1994, S. 3-27, hier S. 12, ebenso S. 3.

Zwei notwendige Fragen sollten heute in Bezug auf den Begriff „Urkatastrophe“ gestellt werden: Zum einen – war der Krieg so katastrophal, weil etwas Erhaltenswertes endete, also verloren ging, oder weil etwas Schlimmes folgte? Zum anderen – war der grundlegende Wandel, den der Erste Weltkrieg brachte, wirklich für alle Europäer eine Katastrophe beziehungsweise wurde so empfunden, oder gab es nicht Gesellschaften, die das Ergebnis eher als Befreiung empfanden?

Als George F. Kennan 1979 den Begriff prägte, stand die Welt in einem von Entspannungspolitik und Helsinki-Schlussakte gemilderten Kalten Krieg. Dementsprechend ging es dem damals schon 75-jährigen amerikanischen Historiker und Diplomaten nicht nur um das Kriegsende, sondern auch um die Oktoberrevolution in Russland als Beginn der Jahrhundert-Katastrophe. Auf der einen Seite war das parteiisch, garantierte aber auch, dass marxistische Historiker akzeptieren konnten, es habe sich um eine fundamentale Wende gehandelt, auch wenn sie natürlich die Bezeichnung „Katastrophe“ ablehnten. Die Kombination von Oktoberrevolution und Auflösung der bisherigen Staatenordnung in Europa suggerierte das Ende einer intakten funktionsfähigen sozialen, kulturellen und internationalen Ordnung und symbolisierte damit eine radikale Bedrohung der sogenannten westlichen Zivilisation und den Beginn der Systemkonkurrenz. Daraus resultierte die aus Kennan'scher Perspektive schlimme Destabilisierung der bürgerlichen Gesellschaften, die ja in den folgenden Jahrzehnten auch im Faschismus nicht gerettet werden konnten, sowie der bisher geltenden Ordnungsmodelle. Aus diesem Kontext lässt sich schließen: Es ging nicht nur um die Folgen des Weltkriegs, sondern auch um das, was verloren ging – die angeblich intakte Ordnung eines Ancien Régime in ganz Europa.

Als ein Jahrzehnt später, also nach dem Erscheinen von Kennans Buch, der Kalte Krieg zu Ende ging, schien eine Verschiebung des Geschichtsbilds erforderlich. Es reichte nicht mehr, vom kurzen 20. Jahrhundert zu sprechen, denn die Frage des Gewichts der Zäsur von 1917/18 war damit noch nicht entschieden. Wenn die Systemkonkurrenz in weite Ferne auf den asiatischen Kontinent weggeschoben worden war, reichte die Oktoberrevolution nicht mehr, da deren Wirkung ja für Europa inzwischen aufgehoben schien. Welcher Charakter sollte den Folgen und dem Ende des Ersten Weltkriegs nach 1990 zugeschrieben werden? Welche Relevanz, wenn es keine Systemkonkurrenz mehr gab?

Während nach 1990 die Gesellschaften in Ostmitteleuropa den Sturz ihrer jeweiligen kommunistischen Regime sowie die Auflösung der Sowjetunion als Gewinn nicht nur ihrer inneren Freiheit, sondern auch ihrer nationalen Souveränität verstanden und feierten, verschoben sich in den Diskursen der „westlichen“ Länder mit der Formulierung imperialer Ordnungsvorstellungen auch die dortigen Geschichtsbilder. Es fand eine Rehabilitierung der Staatenwelt von vor 1914 statt; nicht die Interessengegensätze und die Konfliktbereitschaft der imperialen Großmächte hätten – so meinte man jetzt zu erkennen – zum Ersten Weltkrieg geführt, sondern angeblich der Nationalismus. Szenen aus den Auseinandersetzungen im zerfallenden Jugoslawien gaben den Vorwand dazu, nicht nur in der Publizistik. Es genügt, den eindrucksvollen Beginn des Bestsellers *Die Schlafwandler* von Christopher Clark zu lesen, um die auslösende Rolle der als barbarisch geschilderten Nationalisten Serbiens zu verinnerlichen. Damals, 1914, sei eine angeblich idyllische, von Nationalbewegungen bedrohte Welt angegriffen worden und schließlich zugrunde gegangen; als Lieblingszitat diente allenthalben ein Ausspruch des britischen Außenministers Sir Edward Grey vom 3. August 1914: „The lamps are going out all over Europe. We shall not see them lit again in our time.“⁵ Hinter dem neuen Geschichtsbild stand die Auffassung, imperiale Ordnung verbürge und bewahre Frieden.

Dass imperiale Reiche keineswegs ohne nationalistische Tendenzen sind, dass im Gegenteil gerade die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs dies zeigt, wurde weitgehend übersehen. Dementsprechend konnte nach 1990 das Jahr 1918 die Urkatastrophe bleiben, einerseits weil der Weltkrieg und dessen Ende das (inzwischen wieder positiv eingeschätzte) System imperialer Vorherrschaft von und in Europa beendet habe, ja sogar den Anstoß für einen Entkolonialisierungsprozess gegeben habe (der dann nach dem Zweiten Weltkrieg zum Zuge kam), und andererseits weil in den Pariser Vorortverträgen ein System souveräner Nationalstaaten in Europa installiert worden sei, das sich als instabil erwiesen habe. Dass das Scheitern des sogenannten Versailler Systems vor allem auf die Aggressivität des Hauptverlierers, des Deutschen

⁵ Viscount Grey of Fallodon, *Twenty-Five Years 1892-1916*, New York 1925, S. 20, hier zit. nach: https://books.google.de/books?id=d68gSzbih8QC&q=%22lamps+ar%22&redir_esc=y (11.2.2019).

Reiches, zurückzuführen war, wird in diesem Zusammenhang selten bedacht. Die Interessen der mächtigen westlichen Staaten, nämlich mit der Erweiterung der NATO einen Block mit imperialen und neokolonialen Zielsetzungen innerhalb und außerhalb Europas zu schaffen, standen hinter diesem veränderten Geschichtsbild. In einer Reihe publizistischer und historiografischer Diskurse wurden auf diese Weise die Erinnerungen an 1918 in ihren Wertigkeiten verändert.

Bei näherer Betrachtung beschränkt sich allerdings der Slogan von der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ auf die deutsche und angelsächsische Historiografie und deren Publizistik. Die Diskurse vieler anderer Gesellschaften waren und sind weit entfernt davon, die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs als Katastrophe zu bezeichnen. Sie bedauern die Opfer, denn außer der Schweiz, den Niederlanden, Skandinavien und den Ländern der Iberischen Halbinsel waren alle europäischen Völker, auch wenn sie über keine eigenen Staaten verfügten, daran mit meist erheblichen Opferzahlen beteiligt. Der Umstand aber, dass viele Menschen in Uniformen starben oder verwundet wurden, mit denen sie sich kaum oder nur wenig identifizierten, brachte es mit sich, dass sie das Ende des Krieges und dessen Ergebnisse kaum zu bedauern hatten, vor allem, wenn die Auflösung der Imperien ihre nationale, zum Teil auch soziale und kulturelle Emanzipation zur Folge hatte. Das brachte in der Zwischenkriegszeit in vielen Ländern erhebliche Probleme mit sich, abzulesen beispielsweise an damals entstandenen Gedenkfriedhöfen im späteren Tschechien: Die für die Angehörigen erforderliche private Trauer stand im Widerspruch zu dem Mangel an öffentlicher Trauer für die in fremden, nämlich habsburgischen Uniformen und für ein fremdes Vaterland Gefallenen. Für den öffentlichen Diskurs der neuen Staatsnationen ging es bei der Erinnerung an den Krieg damals und auch heute wenig um die katastrophalen Begleiterscheinungen; für sie waren die Ergebnisse notwendigerweise nicht katastrophal, denn sie lehnten vielfach die neue Ordnung im Vergleich zur alten Ordnung nicht ab, im Gegenteil, sie begrüßten sie.

Handelt es sich bei dem Begriff „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ um den geschichtspolitischen Versuch, eine gemeinsame europäische Erinnerung an den Ersten Weltkrieg zu schaffen? Soweit das Erinnern an die Leiden der Bevölkerung und die

Trauer um die Gefallenen im Vordergrund stehen, ist dem kaum zu widersprechen. Wenn es aber um die Sehnsucht nach der verlorenen imperialen Welt von vor 1914 und um eine Verurteilung der als instabil denunzierten Ordnung von nach 1918 geht, so erweist sich das Ergebnis als zwiespältig, und es wird daraus keine europäische Gemeinsamkeit herzustellen sein. Denn für viele Gesellschaften widerspricht das Bild dem heutigen Bemühen um erneute nationalstaatliche Souveränität, für die 1918 eine erhebliche legitimatorische Funktion hat. Es ist verräterisch, dass für große Teile des westeuropäischen Diskurses dahinter ein Europabild steht, das Europa als Imperium sieht, gleichberechtigt mit anderen Weltimperien.

Kehren wir von Fragen aktueller Erinnerungspolitik zur Real- und Wahrnehmungsgeschichte von 1918 zurück! Grob gesprochen gab es 1918 vier Verlierer, von denen zwei Imperien, das Osmanische Reich und die Österreichisch-Ungarische Monarchie, aufgelöst wurden, und zwei weitere bisherige Imperien, Russland (alias Sowjetunion) und das Deutsche Reich, ihre Staats- und partiell auch Gesellschaftsform veränderten sowie Gebiete und Macht zunächst abgeben mussten. Die beiden Letzteren waren dementsprechend für die folgenden zwei Jahrzehnte tendenziell revisionistisch.

Darauf jedoch beschränkte sich der Ordnungszerfall nicht. Sozialrevolutionäre und nationalrevolutionäre Unruhen und Umstürze vermittelten den Eindruck, dass auch die bisherige Gesellschaftsordnung und das staatsbürgerliche Zusammenleben einem grundsätzlichen Wandel unterlagen. Inwieweit sich auf dieser Ebene Perzeption und Realität deckten, hängt von dem jeweiligen Land ab.

Allerdings ist der Begriff „Ordnungszerfall“ missverständlich, suggeriert er doch, dass es sich um einen Verlust handle, nämlich um den scheinbar ersatzlosen Verlust einer bestimmten Ordnung. Viele Zeitgenossen, sowohl in den Verlierer- wie in den Siegerstaaten, erlebten die Ereignisse von 1918 und der folgenden Jahre als Chaos, und nicht wenige Historiker schilderten sie später so. Dabei handelt es sich um ein politisches Urteil, nicht unbedingt um eine geschichtswissenschaftliche Beurteilung. Mit dem Abstand eines Jahrhunderts lässt sich wohl unschwer feststellen: Im Jahr 1918 entstand, auch gesamteuropäisch, eine neue

Ordnung. Oder besser: An die Stelle alter traten jetzt neue Ordnungsmodelle, die keineswegs vom Himmel fielen, sondern in vielen Gesellschaften Europas schon länger als ein Jahrhundert immer wieder diskutiert worden waren. Wenn wir für das Jahr 1918/19 von der Stiftung neuer sinnvoller Ordnungen sprechen können, dann deshalb, weil sie einem Fortschrittsverständnis entsprachen, das seit der Aufklärung in Europa existierte und zum Teil kontrovers weiterentwickelt worden war.

Es waren drei Bereiche, in denen neue sinnvolle Ordnungsmodelle vonnöten waren:

1. Auf dem Gebiet der Staatsgründungen ging es um Entscheidungen auf dem Gebiet der *state-building processes* samt allem, was damit zusammenhing: Verfassung, Recht, Parlamentarismus, Demokratie, sichere Grenzen usw. Hier konkurrierten zahlreiche unterschiedliche Staatskonzepte miteinander, und das betraf sowohl die neu gegründeten wie auch die revolutionierten Staatsgebilde.
2. Auf dem Gebiet der Nationsbildung (*nation-building processes*) entstand eine Reihe neuer Nationalstaaten; in ihnen ebenso wie in schon vorher vorhandenen gab es höchst unterschiedliche Nationskonzepte, was das Problem nationaler Minderheiten immer virulenter machte, nicht nur, weil nicht alle Nationalbewegungen in Europa zum Zuge gekommen waren (zum Beispiel die Ukraine), sondern auch, weil die zunehmende Ethnisierung von Nationskonzepten in einer Reihe von Ländern sowohl bei dominierenden Staatsnationen wie auch bei nationalen Minderheiten das Zusammenleben in neuen wie in alten Staaten immer konfliktreicher machten.
3. Auf dem Gebiet des internationalen Staatensystems in Europa: Auch wenn der Krieg ein Weltkrieg war und der 1920 gegründete Völkerbund zahlreiche nichteuropäische Mitglieder hatte, gab es ein europäisches Staatensystem, das zwar anders aussah und anders funktionierte als sein Vorgänger, aber doch zunächst weitgehend ohne außereuropäische Einflüsse auskam. Offiziell sollte es das vorherige System der unwidersprochenen Großmachtdominanz (ursprünglich 1815 als Pentarchie gegründet und

im Laufe des Jahrhunderts etwas, aber nicht grundlegend modifiziert) ablösen durch ein System gleichberechtigter Nationalstaaten. Nichtsdestoweniger waren (außer Japan bis 1933) die europäischen Großmächte bestimmend im Völkerbundsrat.

Ordnung nicht als statische Struktur, sondern als Prozess zu begreifen ist eine grundsätzliche Erkenntnis historischer Evolution. So sind auch die drei genannten Ordnungsbereiche oder besser Ebenen der Ordnung realgeschichtlich als Prozesse zu verstehen – *state-building processes*, *nation-building processes* und ein internationaler Systembildungsprozess. Daraus ergibt sich auch der direkte Zusammenhang, in dem diese drei Ordnungsebenen und -prozesse miteinander verbunden sind. Das lässt sich in besonderem Maße an Polen exemplifizieren.

Polen wurde als Staat wieder- und neu gegründet. Dass es wiedergegründet wurde, daran hatte das kollektive Gedächtnis der politischen und kulturellen Eliten einen gehörigen Anteil, denn sie hatten dafür gesorgt, dass das Wissen um Polen tradiert worden war – und das betraf nicht nur die polnische Gesellschaft, sondern die intellektuellen Eliten fast aller europäischen Gesellschaften. Aus der Präsenz Polens im europäischen und polnischen Diskurs wurde 1918 eine realpolitische Präsenz.

Der keineswegs auf Polen beschränkte Bezug auf die Erste Republik Polen hatte großen Einfluss auf die Vorstellungen davon, welches die legitimen Grenzen Polens seien. Das betraf zum einen die unterschiedlichen Gruppierungen der polnischen Nationalgesellschaft und berührte damit Polen als Staat und Nation, zum anderen als Grenzproblem aber auch die jeweiligen Nachbarn im Osten, Westen und Süden und war damit ebenfalls ein Problem der internationalen Beziehungen und der internationalen Ordnung. Auf diese Weise waren Fragen der inneren und äußeren Ordnung miteinander verflochten.

Im öffentlichen Diskurs der gesellschaftlichen Eliten Polens schien es eindeutig eine Präferenz für die republikanische Staatsform zu geben. Schaut man ins Detail, dann finden sich doch unterschiedliche Vorstellungen: Optionen für eine konstitutionelle Monarchie wurden während des Krieges als Kompromiss mit einer der Teilungsmächte erwogen, solange nicht klar war,

welche Großmacht den Krieg siegreich beenden würde. In der polnischen Gesellschaft wurden seit der deutsch-österreichischen Erklärung vom 5. November 1916 solche Vorstellungen zu sehr als deutsche Inszenierung angesehen, um viele Anhänger zu gewinnen, obwohl man den Monarchismus während der Zweiten Republik nicht völlig unterschätzen sollte. Die zahlreichen Optionen, welche Staatsform das neue Polen wählen sollte, reichten von einer sozialistischen Räterepublik über eine föderalisierte Republik bis zu Vorstellungen einer zentralistischen Republik.

Springender Punkt für den Zusammenhang der nationalen Identitätsentwicklung in der vielfältigen Gesellschaft Polens mit der staatlichen Ordnung des neuen Staates waren recht unterschiedliche Nationskonzepte. In der Ersten Republik hatte sich ein zunächst ständisch beschränktes politisches Nationskonzept entwickelt, das an den politischen Partizipationsrechten orientiert war. Deren Verlust durch die Teilungen führte im Laufe des 19. Jahrhundert dazu, dass sich daneben ein kulturell-sprachlicher Nationsbegriff ausbildete, der seit dem letzten Drittel des Jahrhunderts auch rein ethnische und sogar biologistische Inhalte annehmen konnte. Für Vertreter der letztgenannten Auffassung gehörten manche Bewohner Polens, die Mitglieder einer anderen Religion oder Konfession waren oder eine andere Sprache sprachen, nicht mehr zur polnischen Nation. Die Tatsache, dass in den polnischen Nationsdiskursen unterschiedliche Nationskonzepte immer vorhanden waren und noch heute vorhanden sind, machte aus dem Verständnis, was Polentum, also was polnische Identität sei, eine recht uneindeutige Angelegenheit. Das betraf nicht nur das Verständnis, was ein Pole sei, sondern auch, wer alles zum Kollektiv der Polen dazugehöre, ob dazu in Vergangenheit und Gegenwart auch Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten gehörten. Auch die Auffassungen, wie offen, wie europäisch polnische Nationalkultur sei beziehungsweise wie hoch die Barrieren zu anderen Kulturen seien oder beispielsweise wie viele protestantische, jüdische oder aufklärerische Elemente zur polnischen Kultur gehören würden, wie integrationsfähig für Benachbartes und Fremdes sie sei, all dies gehört – wie in jedem anderen Land auch – zum Identitätsdiskurs. Von außen betrachtet hat man den Eindruck, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine Parallelentwicklung in der polnischen Gesellschaft feststellen zu können, ein aufklärerischer gegen einen nationalkatholischen Diskurs. Genauer gesehen ist

der Diskurs sehr viel komplexer, und dementsprechend zielt auch der nationale Identitätsdiskurs auf ein viel komplexeres Identitäts- und Nationskonzept hin. Jan Józef Lipski hat 1981 dieser Thematik den beeindruckenden Essay *Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen*⁶ gewidmet, dessen partiell warnende Passagen noch heute sehr bedenkenswert sind, auch wenn sie vor der Entwicklung diverser kulturalistischer Moden verfasst wurden. Dem Essay ist auch heute noch wenig hinzuzufügen.

Die Gründung eines Staates besteht nicht nur aus einer inneren Ordnungsstiftung, sondern erfolgt immer auch im Rahmen einer von außen gegebenen, nämlich internationalen Staatenordnung. Polnische Staatsmänner wie Adam Jerzy Czartoryski hatten im 19. Jahrhundert in all ihren Konzepten einer Wiederbegründung polnischer Staatlichkeit über den internationalen Kontext, in dem dies geschehen werde, intensiv nachgedacht. Sie gingen davon aus, dass die Anerkennung von außen von unübersehbarer Bedeutung sei, wenn eine Staatsgründung von Dauer sein solle. Dieses Wissen hatte die detaillierte Kenntnis der Regeln und Mechanismen des geltenden Staatensystems zur Voraussetzung. War dieses Staatensystem im Umbruch, wie es beispielsweise während der napoleonischen Epoche der Fall gewesen war, dann war es schwierig vorzusehen, welche Regeln sich durchsetzen würden. Im Laufe des Ersten Weltkriegs schien sich eine solche Situation zu wiederholen. Die internationale Situation wurde während des Krieges zunehmend unübersichtlich. Selbst wenn man das Ende, dass nämlich alle drei Teilungsmächte Polens zu den Verlierern des Weltkriegs zählen würden, vorausgesehen hätte, dann hätte man in Polen noch immer nicht wissen können, wie das kommende Staatensystem funktionieren würde. Der Wechsel von einem elitären, von Großmächten geleiteten Staatensystem hin zu einer Staatenordnung, die zumindest vom Ansatz her auf demokratischen Gleichheitsvorstellungen beruhen sollte, erwies sich weder in der internationalen noch in der nationalen Wahrnehmung als unproblematisch.

⁶ Als PDF-Datei einsehbar im Themenportal Europäische Geschichte www.europa.clio-online.de, im Druck auf Deutsch in Jan Józef Lipski, *Wir müssen uns alles sagen. Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft*, Warschau 1996, S. 185-228; ursprünglich unter dem Titel *Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy. Uwagi o megalomanii i ksenofobii narodowej Polaków*, in Polen (im Untergrund) in: *Nowa* 144 (Juni 1981) und im Exil in: *Kultura* 10/1981 (409).

Die Frage nach dem eigenen Platz in der neuen europäischen Ordnung stellte gleichzeitig auch eine nicht zu unterschätzende Identitätsfrage dar – mit anderen Worten: Die Selbsteinordnung in den europäischen Kontext gehört im Fall Polens zwischen 1916 und 1923 ebenso wie heute und genau wie für andere Nationen zur nationalen Konstruktion, und das betrifft nicht nur die üblichen territorialen Fragen (Grenzfragen, die gleichzeitig das Nationsverständnis sowie die Staatskonstruktion und -konzeption betrafen), sondern auch die nationale Identität.⁷ Die historischen Anknüpfungen, die dabei in den verschiedenen Varianten der Identitätsdebatten diskutiert wurden, waren äußerst widersprüchlich. Zum einen setzte man auf der machtpolitischen Ebene einfach die Weltkriegskonstellation fort. Dabei konnte man an die Politik Frankreichs anschließen, und auch die revisionistische Außenpolitik des Deutschen Reiches bestätigte das, denn auch sie bewegte sich weiterhin im Rahmen der Weltkriegskonstellation. Das bedeutete aber mental und realpolitisch, alle Grenzprobleme militärisch und ohne Kompromissbereitschaft durchzusetzen. Zum anderen zog man aus dem Teilungsgeschehen des 18. Jahrhunderts den Schluss, nur eigene Stärke schütze die neue Staatlichkeit; also strebte man einen Großmachtstatus an, was gerade nicht den Ideen entsprach, die hinter der neuen Staatenordnung standen. Dementsprechend war das Verhältnis zum Völkerbund als Institution weitgehend instrumental, ohne die Chance zu begreifen, dass Letzterer ja eigentlich die Rolle eines demokratisierenden Antidotums gegen die imperiale Struktur des Staatensystems spielen sollte. Schließlich knüpfte man an den Antemurale-Mythos an, der als *antemurale christianitatis* in der Renaissance sowohl als antiosmanische als auch antirussische Ideologie entstanden und dann im 19. Jahrhundert als *antemurale libertatis* vom linken Flügel der Großen Emigration weiterentwickelt worden war. Kaum erkannt wurde dabei, genau wie früher und zum Teil noch heute, dass die Antemurale-Konzeption Polen unvermeidlich an der Peripherie positionierte und die jeweiligen Nachbarn jenseits der Grenze aus dem (als Staatengemeinschaft verstandenen) Staatensystem ausschloss. Großmachtstatus und Antemurale-Ideologie hatten zur Folge, dass Polen sich nicht ideologisch als Vertreter der Demokratie

⁷ Die folgenden Überlegungen lassen sich auch auf die heutigen politischen Debatten in Polen anwenden. Darauf wird hier nicht eingegangen. Der Autor gibt allerdings zu, dass er selbst darüber erstaunt ist, wie sehr die damaligen Argumentationsschemata gerade in den letzten drei Jahren wieder auftauchen.

legitimieren konnte und daher die Demokratie als Identitätsfaktor im nationalen Identitätsdiskurs erheblich ins Hintertreffen geriet (und sich darin erheblich von der benachbarten Ersten Tschechoslowakischen Republik unterschied).

Geopolitisches Denken, Großmachtstreben, Antemurale-Ideologie, der Konflikt zwischen ethnischem und politischem Nationskonzept – dies alles bestimmte die Debatte um Polens Platz in Europa und damit die Vorstellungen legitimer äußerer und innerer Ordnungsvarianten. Wenn überhaupt, dann wurden Konzepte europäischen Friedens eher bilateral als multilateral entwickelt. So sehr nationales Geschichtsbewusstsein die Nationsbildung während der Nichtexistenz eines eigenen Staates gefördert hatte, so wenig war es im Sinne des neuen Staatensystems behilflich.

Für viele Länder Ost- und Ostmitteleuropas wird der Erste Weltkrieg noch immer weniger als großer Krieg, sondern eher als die notwendige Vorgeschichte der eigenen Unabhängigkeit erinnert. Dem entspricht die sowjetrussische Erinnerung an den Krieg als Vorgeschichte der Oktoberrevolution. Andere Länder Europas haben da ganz andere Erinnerungen. Diese Unterschiede sind legitim und sollen auch nicht gesamteuropäisch glattgebügelt werden. Es gilt aber zu bedenken, dass sich daraus sehr unterschiedliche Beurteilungen der Zwischenkriegszeit ergeben. Der intensive Dialog polnischer und deutscher Historiker der letzten vier Jahrzehnte hat gezeigt, dass beide Seiten sich über fast die gesamte bilaterale Beziehungsgeschichte einigen können, in der Beurteilung des Versailler Vertrags und des Versailler Staatensystems aber noch immer Meilen auseinander liegen. Deren Identitätsrelevanz für die beiden Nationalgesellschaften war nicht nur damals von erheblichem Gewicht, sondern ist es auch bis heute geblieben, gerade auch in der Unterschiedlichkeit der Positionen sowohl innerhalb der beiden Länder als auch zwischen den beiden Gesellschaften. Dieser deutsch-polnische Dissens betrifft weniger konkrete Interessendifferenzen als einen Mangel an Dialog und wechselseitigem Respekt für die Legitimität der jeweils anderen Seite. Hinter unterschiedlichen Europabildern, einem unterschiedlichen Friedensdiskurs und unterschiedlichen Nationskonzepten stehen nicht nur zwischen Polen und Deutschen, sondern zwischen allen europäischen Gesellschaften unterschiedliche Ordnungsvorstellungen und damit auch unterschiedliche Identitätsentwicklungen, die unter anderem maßgeb-

lich von dem Wandel des Jahres 1918 und dessen Stellenwert in den Erfahrungen und damit auch der historischen Erinnerung geprägt worden sind. Die vielfältige Identitätsentwicklung der polnischen Nation, sei es auf der Basis eines ethnischen oder eines politisch-kulturellen Nationskonzept, ist insofern das Ergebnis der unterschiedlichen Vorstellungen innerer und äußerer Ordnungsbildung. In dieser Hinsicht hat sich die Situation ein Jahrhundert später, trotz eines völlig anderen historischen Kontexts, strukturell nicht grundlegend geändert.

Abstract

International System of States and State-building. The 1918 'Seminal Catastrophe' of the Twentieth Century and the Internal and International Order

The article focuses on two aspects of the end of the First World War. Recalled is the interpretation of the WW1 as a 'seminal catastrophe' of the twentieth century. This opinion does not apply, however, to the countries of East Central Europe that regained independence in the year 1918. Taking Poland as an example, we can point to three levels of internal discussions which took place after 1918. First, a debate evolved around the nation-building process and whether the nation which regained independence should be regarded as a purely ethnically-based or political community. The political breakthrough moreover triggered debates concerning the state-building process through an attempt at creating structures of a strong, modern state; lastly, discussed were attempts to find a place for a reborn Poland on the international scene.